

KRITIK DER MISCHUNG

Nikolai Roskamm

Der Topos der Mischung spielt in den aktuellen städtebaulichen und stadtpolitischen Debatten eine wichtige und exponierte Rolle. In vielen programmatischen Verlautbarungen und Absichtserklärungen in der städtebaulichen Planung steht das Ziel ganz im Vordergrund, eine gemischte Stadt entwickeln zu wollen. Mischung ist das, was verschiedene Lager im stadtplanerischen Diskurs zusammenbringt und was übergreifend als städtebauliches Leitbild zu taugen scheint (siehe etwa BBSR 2020). In unzähligen Zielformulierungen auf den verschiedensten Maßstabsebenen findet sich heute die Mischung als positives Leitbild und ist in den zeitgenössischen Debatten über die Gestaltung von Städten durchweg hochgeschätzt.

Bekanntlich ist das nicht immer so gewesen. Historisch gesehen hat sich die moderne Stadtplanung lange Zeit negativ auf die vorhandene Mischung der Stadt bezogen (vgl. ausführlich: Roskamm 2013). Bis in die 1980er Jahre dominierte in den städtebaulichen Kreisen eine maßgeblich auf Funktionstrennung und -gliederung ausgerichtete Haltung. In den Analysen der Stadtplaner*innen wurde Mischung als Bestandteil eines reformbedürftigen und pathologischen, sich in den ungesunden Wohnverhältnissen ausdrückenden Istzustandes der Stadt gesehen, der nur mit den Mitteln des modernen Städtebaus verbessert (gesundet, geheilt) werden kann. Nicht selten wurde dafür die komplette Beseitigung der gemischten Stadt und ihr geordneter und nach Funktionen getrennter Neuaufbau gefordert. Mit dem als Flächensanierung bezeichneten Stadtumbau setzte die Stadtplanung diese Forderungen

im großen Maßstab auch in die Praxis um. Mischung sollte dabei nicht hergestellt, sondern beseitigt werden. Ohne Zweifel beruhte in der weitaus größten Phase ihres Bestehens die moderne städtebauliche Planung auf einer vehementen Kritik der Mischung.

In meinem Text möchte ich zum einen einige Stationen des Weges skizzieren, auf dem Mischung im städtebaulichen Diskurs zu einem positiven Planungsziel umgebaut worden ist und dabei beschreiben, wie sie sich vom hauptsächlichen Angriffspunkt des modernen Städtebaus zu einem Heilsversprechen der Disziplin gewandelt hat. Zum anderen berichte ich vom Status der Mischung in der aktuellen städtebaulichen und stadtplanerischen Debatte und auf welche Weise sich die positive Moralisierung dort zeigt. Meine These ist, dass in der Umdeutung der Mischung zum übergreifenden stadtplanerischen Leitbild das Erbe der Mischungsablehnung weiter wirksam ist. Städtebauliche Planung¹, die die Stadt durch Mischung neu ordnen möchte, ist immer auf eine Kritik der vorhandenen Mischung angewiesen. Dieses Angewiesen-Sein möchte ich in meinem Beitrag genauer anschauen und herausarbeiten, wie die klassische Mischungskritik die aktuelle Mischungsfürsprache durchzieht und beeinflusst. Zudem, das ist das parallel geführte zweite Anliegen meines Textes, unternehme ich selbst eine Kritik der Mischung. Dabei geht es mir allerdings nicht (wie in den Beiträgen der städtebaulichen Planung sonst üblich) um eine Kritik an der Mischung der Stadt, sondern um die Kritik am positiven Mischungsleitbild. Diese Unterscheidung herauszuarbeiten ist genauso ein Anliegen meiner Ausführungen wie das Aufsuchen der Widersprüche und Problematiken, die dem Mischungsleitbild zu eigen sind. Mein Ziel ist es, die Geister aus vergangenen geglaubten Zeiten sichtbar zu machen, die sich in der heutigen stadtplanerischen Rede der Mischung – und zwar unabhängig von ihrer Ausgestaltung in funktionale, soziale oder ethnische Mischung – immer wieder einnisten und die

¹ Ich denke, dass eine Differenzierung zwischen Stadtplanung und Städtebau für meine Einlassungen nicht unbedingt erforderlich ist. Stadtplanung möchte Stadt planen, während Städtebau das Ziel hat, Städte zu bauen. Städte zu bauen ist aber immer auch das Ziel der Stadtplanung, während Städtebau stets der Planung bedarf. Beide Bereiche sind sowohl theoretisch als auch praktisch kaum trennbar miteinander verwoben. Auch auf der Zielebene gibt es keine eindeutig dem einen oder dem anderen Bereich zuordenbare unterschiedliche Leitbilder. Wenn ich in diesem Text von Stadtplanung und Städtebau rede, meine ich in beiden Fällen den Diskursraum, den die beiden Disziplinen gemeinsam ausfüllen.

untrennbar mit der klassischen städtebaulichen Trennungs- und Mischungsplanung verbunden sind.

Mein Argument entwickle ich in fünf Schritten. Erstens berichte ich von der Umdeutung der Mischung zu etwas Positivem bei Jane Jacobs, die ihre Ausführungen aus einer Kritik an der modernen Stadtplanung heraus entwickelt. Meine These lautet hier, dass Jacobs zwar die städtebauliche Praxis ihrer Zeit mit radikaler Rhetorik attackiert, dass sie aber mit ihrer Neubewertung der Mischung auf der gleichen Ebene bleibt, auf der auch die von ihr kritisierten Akteure agieren. Zweitens werfe ich einen Blick in die Praxis der stadtplanerischen und stadtpolitischen Bemühungen, eine gute und stabile soziale Mischung herstellen zu wollen. Diese meist als gut gemeintes sozialpolitisches Handeln anerkannten Steuerungsversuche haben einen problematischen Kern, den ich in meiner Betrachtung sichtbar machen möchte. Im dritten Teil meines Beitrags berichte ich von der „New Leipzig Charta“, also von der ministeriellen Stadtagenda, in der das Leitbild der Mischung eine zentrale Rolle einnimmt. Hier schaue ich einerseits auf die Verbundenheit des Mischungsziels mit der Erzählung von der „europäischen Stadt“ und zum anderen auf die Funktion von Mischung als Bestandteil eines Ansatzes, der Ungleichheit nicht abbauen, sondern im Raum richtig verteilen möchte. Im vierten Kapitel berichte ich von den aktuellen Städtebaudebatten, die sich in den letzten Jahren in der „Kölner Erklärung“ und in der „Düsseldorfer Erklärung“ sowie in den dazu verfassten Gegenreden manifestiert haben. Ich diskutiere hier, warum von beiden Seiten weder das Leitbild der europäischen Stadt noch das Mischungsziel in Frage gestellt werden. Im fünften Abschnitt dieses Textes diskutiere ich, was der zuvor sichtbar gemachte übergreifende Konsens über den städtebaulichen Diskursraum selbst zu erzählen vermag. Abschließend werde ich versuchen, meine Überlegungen zu einer Kritik der Mischung zu verdichten.

Gute Mischung

Der Ansatz, Mischung als etwas Positives in Szene zu setzen, ist nicht zuletzt mit Jane Jacobs verbunden. In ihrer berühmten Streitschrift *The death and life of great American cities* (1963 [1961]) rechnet die Aktivistin radikal mit den bestehenden städtebaulichen Idealen und der darauf beruhenden Praxis der Flächensanierung ab. Jacobs (1963, 95) entwickelt als Gegenbild zum hegemonialen Städtebau ihrer Zeit vier Bausteine, die in ihrem Zusammenwirken zum Entstehen von Stadt führen sollen: erstens die Mischung von verschiedenen – möglichst mehr als zwei – unterschiedlichen primären Funktionen (etwa von Wohnen und Arbeiten) an einem Ort; zweitens eine nicht zu große Dimensionierung der Baublöcke; drittens eine Mischung der Gebäude hinsichtlich ihres Alters und ihres Zustandes und viertens die Konzentration von „genügend Menschen“ auf einem Raum. Jacobs leistet damit Pionierarbeit: Mischung und Dichte hatte vor ihr noch niemand im städtebaulichen Diskurs zum positiven Ziel erklärt.

Vollkommen zu Recht gilt Jacobs heute als Ikone von stadtpolitischen Bewegungen, die sich aus den Stadtteilen heraus und selbstorganisiert gegen die Prozesse von Verdrängung und Gentrifizierung wenden, die Stadtentwicklung immer begleitet haben und bis heute begleiten. Die urbanen Recht-auf-Stadt-Bewegungen sind selbst zu einem wichtigen Teil von Stadt- und Raumproduktionen jenseits der Master- und Bebauungspläne geworden und Jacobs hat diesen Initiativen früh ein Gesicht und eine Stimme gegeben. Ihre theoretischen Ausführungen wiederum haben den fachlichen Diskurs insbesondere in den Debatten zur Stadterneuerung nachhaltig bestimmt und dazu geführt, dass im städtebaulichen Diskursraum die Themen Mischung und Dichte inzwischen durchweg positiv besetzt sind. Die gemischte und kompakte Stadt der kurzen Wege ist heute in der stadtplanerischen Fachdebatte ein Ideal, auf das sich beinahe alle einigen können.

Bei genauerem Hinsehen fällt allerdings auf, dass sich bei der von Jacobs eingeleiteten Neubewertung zwar die Moralisierung der Mischung um 180 Grad wendet, andere Elemente der Herangehensweise aber überraschend gleich bleiben. Das liegt meines Erachtens an der Art der Kritik, die Jacobs in ihrem städtebaulichen Manifest verwendet. Rahel Jaeggi (2014, 261 ff.) unterscheidet in einer allgemeinen Reflexion über Formen der Kritik zwischen drei verschiedenen Arten, nämlich interner Kritik, externer Kritik und immanenter Kritik. Eine interne Kritik verbleibt per definitionem innerhalb des Diskursraumes. Sie möchte beispielsweise eine spezifisch geplante Mischung durch eine andere ersetzen und propagiert vielleicht eine neue Körnigkeit für urbane Mischungsverhältnisse. Die externe Kritik dagegen schlägt nicht eine alternative Position innerhalb eines bestehenden Systems vor, sondern sie hinterfragt das System als Ganzes. Hinsichtlich der Mischung könnte mit einer extern ausgerichteten Kritik vielleicht argumentiert werden, dass sich Mischung als Planungsziel einfach grundsätzlich nicht eignet und dass es in der städtebaulichen Planung eigentlich um ganz andere Dinge gehen sollte. Die immanente Kritik wiederum bezeichnet ein Vorgehen, mit dem die dem kritisierten Objekt innewohnenden Widersprüche herausgearbeitet werden – bei der Mischung könnte das zum Beispiel bedeuten, jene Geister sichtbar zu machen, von denen ich weiter vorne gesprochen habe.

Jacobs Kritik ist vor allem eine interne Kritik. Sie kritisiert in ihren allgemeinen Ausführungen (1963, 16) die Stadtplanung zwar grundsätzlich und vehement, bezeichnet sie als „Pseudowissenschaft“ und vergleicht sie gar mit Praktiken des Aderlasses. Bei dem Versuch, eigene Grundsätze einer andersgearteten städtebaulichen Planung zu bestimmen, verbleibt Jacobs allerdings innerhalb der städtebaulichen Sphäre. Ihre Forderungen, Funktionen und Gebäude zu mischen und die Stadtquartiere zu verdichten, kehren zwar die Moralisierungen der bisherigen Instrumente der gegliederten und aufgelockerten Stadt um. Weiterhin bedient

sich Jacobs aber aus dem Werkzeugkasten der von ihr so kritisierten Stadtplanung. Jacobs bewegt sich mit ihren Vorschlägen – Gebäude und Nutzungen mischen, Anzahl der Menschen erhöhen – im konventionellen städtebaulichen Rahmen und letztlich auf der gleichen Systemebene wie ihre Widersacher aus der modernistischen Stadtplanung. Beide Konzepte beruhen einerseits auf einem Glauben an die Planbarkeit von guten Städten und sind andererseits davon überzeugt, solche gelungenen Städte mit stadtplanerischen Interventionen in die bestehenden Mischungs- und Dichteverhältnisse herstellen zu können.

Der Verbleib auf der orthodoxen städtebaulichen Instrumentenebene hat aus meiner Sicht vor allem zwei Effekte. Zum einen ermöglichte er den Argumenten von Jacobs (mehr Mischung, höhere Dichte) den Aufstieg zum allgemein anerkannten neuen Leitbild im städtebaulichen Diskursraum.² Ganz so fundamental ist die Kritik von Jacobs beim genaueren Hinsehen nämlich gar nicht: Sie kritisiert nicht das System und seine Werkzeuge, sondern lediglich die Ausrichtung der verwendeten Instrumente. Jacobs spielt sozusagen das gleiche Spiel wie die von ihr kritisierte Stadtplanung. Sie denkt die Stadt weiterhin in den Kategorien von Mischung und Dichte. Es gibt zwar neue Prioritäten (*mehr* Dichte und Mischung statt *weniger* Dichte und Mischung), aber die Spieler*innen müssen sich nicht auf etwas gänzlich anderes einlassen. Das städtebauliche Weltbild bleibt intakt und die Ausrichtung der Instrumente zu ändern fällt vermutlich leichter, als sich auf ein ganz neues Spielfeld zu begeben. Zum anderen lässt sich in Jacobs Erklärungs- und Analyseangebot eine deutliche Kontinuität erkennen. Ihre in Anschlag gebrachten Instrumente, also die Mischung und die Dichte, wiederholen sich als die zentralen Kategorien der städtebaulichen Planung, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Sie reproduzieren das klassische städtebauliche Narrativ, Stadt durch Steuerung der Mischung und der Dichte herstellen und steuern zu können.

² Diese Entwicklung vollzog sich natürlich nicht von heute auf morgen. Spätestens seit Mitte der 1980er Jahre hat sich aber im Debattenraum der städtebaulichen Planung die positive Konnotation von Mischung und Dichte durchgesetzt.

Stabile Mischung

Ein weiterer Mischungsgedanke findet sich in der stadtpolitischen Praxis bei den Bemühungen, eine „ausgewogene“ und „sozial stabile“ Zusammensetzung von einheimischer und zugewanderter Bevölkerung herzustellen. Besonders in den 1970er Jahren wurde die sozialräumliche Organisation der Siedlungsweise angesichts der Zuwanderung von Angehörigen anderer Kulturen neu problematisiert und gefragt, wie segregiert oder gemischt die multikulturelle Stadt eigentlich sein solle (Häußermann / Siebel 1990, 29). Auf der stadtentwicklungspolitischen Ebene wurden die Alternativen „sozialräumliche Mischung“ und „Segregation“ gegenübergestellt und sich insbesondere im Rahmen der Wohnungspolitik stets zugunsten der Mischung entschieden. Diese Entscheidung führte zu umfangreichen Steuerungsversuchen. In einer Bund-Ländervereinbarung von 1975 wurden die Städte und Landkreise dazu ermächtigt, solche Bereiche als „überlastete Siedlungsgebiete“ zu klassifizieren, deren Ausländeranteil mit 12 % doppelt so hoch lag wie im Bundesdurchschnitt. Auf Grundlage von § 7 Abs. 3 Ausländergesetz wurde den Einwander*innen ein Sperrvermerk in die Aufenthaltserlaubnis oder die Arbeitsgenehmigung gestempelt, der eine polizeiliche Anmeldung in den „überlasteten Siedlungsgebieten“ untersagte. Im Januar 1977 hatten 55 deutsche Städte dementsprechende Regelungen (Münch 2010, 326). Diese flächendeckenden Zuzugssperren wurden im April 1977 wieder aufgehoben (und zwar nicht, weil sie als diskriminierend erkannt wurden, sondern aus Gründen der fehlenden Effizienz). In Berlin wurde die ethnische Mischung durch Zuzugssperre dagegen über 15 Jahre lang praktiziert (von 1975 bis 1990).

Das Ziel, die Zusammensetzung einer ethnischen Mischung zu steuern, wird in Deutschland bis heute und insbesondere von den großen Wohnungsunternehmen verfolgt (Münch 2010, 396). Bemerkenswert ist dabei die Ausnahmeregelung für Kommunen und Wohnungsanbieter im 2006 verabschiedeten Allgemeinen Gleich-

behandlungsgesetz AGG (umgangssprachlich auch Antidiskriminierungsgesetz genannt). Dieses Gesetz, mit dem vier europäische Richtlinien aus den Jahren 2000 bis 2004 umgesetzt wurden, soll Benachteiligungen aus Gründen der „Rasse“, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern und beseitigen. In § 19 Abs. 3 AGG wird jedoch geregelt, dass bei der Vermietung von Wohnraum eine unterschiedliche Behandlung „im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und ausgewogener Siedlungsstrukturen sowie ausgeglichener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse“ zulässig ist. In der Begründung des Gesetzes wird ausgeführt, dass diese Regelung dem Anliegen der Wohnungswirtschaft Rechnung trage, bei der Vermietung von Wohnraum den bewährten Grundsätzen einer sozialen Stadt- und Wohnungspolitik zu entsprechen. Die europäische Stadt, so heißt es in der Begründung weiter, setze auf Integration und schaffe damit die Voraussetzungen für ein Zusammenleben der Kulturen ohne wechselseitige Ausgrenzung. Je stärker der soziale Zusammenhalt sei, desto weniger komme es zu Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft (Deutscher Bundestag 2006, 42).

Dieses Mischungsziel ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die Sonderbehandlung der Wohnungswirtschaft im AGG ist einem „paternalistischen Verständnis“ zuzuschreiben, bei dem es darum geht, die Zuwanderer gewissermaßen vor ihren eigenen Entscheidungen zu schützen und ihnen damit die Integration zu ermöglichen (Münch 2010, 326). Mit dem „vermeintlich vorbeugenden Modell der prozentualen Zielmischung“, so formulierte vor zwanzig Jahren auch der Familienbericht des Bundestags mit überraschender Klarheit, werden Migrant*innen hier „wie Schadstoffe behandelt“, für die „Obergrenzen festzulegen sind“ (Deutscher Bundestag 2000, 164). In einer solchen Ethnisierung von sozialen Problemlagen ist deutlich auch eine rassistische Note zu

³ Die EU-Kommission eröffnete im Oktober 2007 – unter anderem aufgrund der Sonderbehandlungsklausel für die Wohnungswirtschaft – gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren (Münch 2010, 328).

entdecken, beruhen die Festlegungen doch eindeutig auf Einteilungen entlang ethnischer Grenzziehungen.³

Auf der allgemeinen Betrachtungsebene zeigt die hier nur kurz referierte Kritik die Schwierigkeiten, die allen Bemühungen innewohnen, bei denen eine soziale oder ethnische Mischung hergestellt werden soll. Zum einen ist bereits die Frage nach der „richtigen“ Bevölkerungsmischung problematisch, und auch die darauf üblicherweise gegebenen Antworten, die mehr oder weniger offen von der normativen Vorstellung der Gleichverteilung sozialer Gruppen in einer Stadt ausgehen, ohne dabei zu fragen, welche soziale Gruppe das eigentlich wirklich möchte. Das Leitbild der ethnisch gemischten Stadt basiert auf einer „vagen Storyline zu Integration und Kohäsion“, die auf „Common Sense und nicht auf empirischer Forschung“ beruht (Münch 2010, 399). Obwohl das Konzept der sozialen und ethnischen Mischung bereits seit langem in Frage gestellt wird – sowohl was die Herstellbarkeit der residentiellen Mischung als auch was die Wirkung dieser Mischung betrifft –, hält sich der Topos hartnäckig auf der stadtentwicklungspolitischen Agenda. Dabei wird einerseits die zunehmende gesellschaftliche Ausdifferenzierung bei der Aufnahme- und Migrationsgesellschaft negiert (Dangschat 2000, 209). Zum anderen – und das ist noch entscheidender – wird die vage Analyse zum Leitbild gewendet und zur Grundlage von restriktiven Steuerungsmaßnahmen. Der eigentliche kritische Punkt eines solchen Vorgehens ist genau diese Leitbildwerdung selbst, bei der ein Bevölkerungsmodell von der analytischen auf die programmatische Ebene gehievt wird.

Die Mischung der europäischen Stadt

Schauen wir nun auf die Stellung der Mischung in der aktuellen städtebaulichen Planung. Im derzeitigen städtebaulichen Diskursraum ist die Mischung insbesondere auf der Leitbildebene präsent. Das lässt sich etwa belegen mit der *New Leipzig Charta 2020*⁴ – dem zentralen stadtpolitischen Zielpapier der EU, das die städte-

⁴ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklarungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (21.12.2021).

baulichen Leitlinien vereint, auf die sich heute viele Politiker*innen und Expert*innen einigen können. Das Papier stellt sich mit seinem Namen bewusst in die Tradition der großen städtebaulichen Manifeste wie der „Charta von Athen“. Verabschiedet wurde es aber nicht als Ergebnis einer Diskussion von internationalen Vertreter*innen aus Städtebau und Stadtplanung, sondern bei einem Ministertreffen der Europäischen Gemeinschaft.⁵ Die Neue Leipzig Charta ist damit ein klassisches *policy*-Dokument, ein politisches strategisches Papier, eine Governance-Positionsbestimmung, Politikberatung. Dennoch gilt es auch – und das gibt bereits einen ersten Einblick, wie die städtebauliche Disziplin aktuell aufgestellt ist – auf der theoretischen Ebene als zentraler Bezugspunkt der gegenwärtigen Fachdebatten.

In der New Leipzig Charta wird Mischung als eine der „transformativen Kräfte der europäischen Städte“ inszeniert: „Kompakte, sozial und wirtschaftlich gemischte Städte“, so heißt es dort, bieten den Menschen „die Möglichkeit zur Identifikation“. Die Mischung siedelt damit ganz im Kern des eigenen Selbstverständnisses und steht im Zentrum dessen, was als europäische Stadt der ontologische Kern der offiziellen Urbanismusstrategie ist.⁶ In der Charta ist die Mischung zentraler Bestandteil der „gerechten Stadt“, der „produktiven Stadt“ und der „grünen Stadt“, welche in der Proklamation die „drei Dimensionen der europäischen Städte“ bilden. Bei der gerechten Stadt sei das so, weil „sozial ausgewogene, gemischte und sichere Stadtquartiere [...] zur Integration aller sozialen und ethnischen Gruppen und Generationen“ beitragen würden. Die produktive Stadt solle ihre Produktivität durch „neue Formen von Nutzungsgemischten Stadtquartieren“ erreichen und für die grüne Stadt wären „städtische Räume, die sich durch Mischnutzung auszeichnen“, die Voraussetzung für eine nachhaltige Flächenpolitik.⁷ Mischung dominiert also sämtliche an den drei Säulen der Nachhaltigkeit orientierten Stadt-Idealtypen, die zusammen die Entität der „europäischen Städte“ (ob als Bestand oder als Projekt-

⁵ Die New Leipzig Charta und ihre Rezeption als übergreifende städtebauliche Leitlinie können auch als Anzeichen dafür gesehen werden, dass die städtebauliche Planung aktuell als eigene wissenschaftliche Disziplin wenig Eigenständigkeit und kaum Distanz zum politischen Planungsapparat hat. In den historisch schon immer eng mit dem Planungsgeschehen und seinen staatlichen Institutionen verbundenen Fächern Städtebau und Stadtplanung ist auch heute nicht viel Raum für eigenständige und unabhängige Positionierungen.

⁶ Die Vorgängererklärung „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ aus dem Jahre 2007 hatte noch die „europäische Stadt“ in der Einzahl und damit als Grundtypus adressiert. Die Pluralsetzung („die Städte“) in der neuen Version versucht vermutlich, der Vielfalt der Erscheinungsformen der europäischen Städte Tribut zu zollen.

⁷ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklarungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?__blob=publicationFile&cv=6 (21.12.2021).

tion bleibt etwas unklar) umfassend (dreidimensional) ausrichten und homogenisieren sollen.

Die New Leipzig Charta 2020 steht mit ihrem Fokus auf die Mischung nicht allein. Wenn es in der großen Politik um Stadt und um das Städtische geht, ist vielfach eine solche Schwerpunktsetzung zu beobachten.⁸ So werden in dem im Jahr 2016 ebenfalls von der EU herausgegebenen Bericht einer sogenannten „High-Level Expert Group“ zum Thema „Innovating Cities“ die Ziele Durchmischung (*mixity*) und Diversität geradezu repetitiv als *key priority area* bestimmt.⁹ Diversität ist dabei auf der theoretischen Betrachtungsebene die Voraussetzung für Mischung: Letztlich kann nur das gemischt werden, was verschieden ist. Gleichen sich Dinge komplett, lässt sich genau genommen nicht mehr von Mischung sprechen. Auf der *policy*-Ebene zeigt der intensive Einsatz der Konzepte *mixity* und *diversity* vor allem die Nähe des Mischungskonzepts zu den Diskursen von Innovation, Kreativität und Produktivität, die zusammen das Kernprogramm des heutigen Kapitalismus ausmachen.

Das Mischungsziel bewegt sich hier im Fahrwasser des Narrativs der guten und erfolgreichen Stadt (Glaeser 2011), das aktuell in vielen Debatten eines nachhaltigen, grünen und digitalen Kapitalismus eine zentrale Rolle einnimmt. Das Ziel der Mischung statet in diesen Diskursen einerseits die Technikbezogenheit mit einem normativen Gegengewicht aus. Die Mischung steht für das Gute und das Positive aus der europäischen Stadt und sie ist das, wo die Städtebauer*innen und Stadtplaner*innen hinmöchten. Andererseits gibt sie der allseits gefeierten Diversität eine räumliche Dimension. Das Verschiedenartige wird nicht nur begrüßt, es soll sich auch gut in der Stadt verteilen. Vielfalt, die ja auch erschrecken und beunruhigen kann, soll sich in der richtigen Mischung anordnen und dafür, dass sie das tut, trägt die städtebauliche Planung Sorge. Die Mischung ist in den hier exemplarisch genannten EU-

⁸ Auch im globalen *policy*-Maßstab findet sich die Mischung in den einschlägigen Proklamationen. In der auf der Konferenz der Vereinten Nationen Habitat III verabschiedeten *Neuen Urbanen Agenda* aus dem Jahr 2016 (bekannt auch als „Erklärung von Quito“) wird formuliert, dass die Stadt- und die Raumplanung „eine angemessene Kompaktheit und Dichte, Polyzentrismus und eine gemischte Nutzung durch Strategien der Verdichtung“ unterstützen, dass sie „eine gemischte soziale und wirtschaftliche Nutzung bebauter Gebiete“ umfassen und dass Stadtplanungsstrategien gefördert werden sollen, die „eine soziale Mischung begünstigen“. <https://uploads.habitat3.org/hb3/NUA-German.pdf> (21.12.2021).

⁹ <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/5b85a079-2255-11ea-af81-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-search> (21.12.2021).

Publikationen – die Liste ließe sich noch lange weiterführen – das, was angestrebt und gewollt wird. Mischung ist als etwas eindeutig Positives konstruiert und sie ist maßgeblich für die Konstituierung der eigenen Identität und der gemeinsamen Ziele. Besonders häufig ist Mischung dabei im Zusammenhang mit der Erzählung von der europäischen Stadt präsent. Mischung scheint speziell als die Grundsubstanz zu taugen, die in der europäischen Stadt zwischen ihren konservativen mittelalterlich-merkantilen und ihren neukapitalistisch divers-digital-ökologischen Identitäten vermittelt und verbindet. Mischung und die europäische Stadt verschmelzen in den aktuellen *policy*-Produkten geradezu zu einer Einheit.

Nicht zuletzt gerät der Mischungsgedanke dabei zu einem Grundpfeiler der auf innovative Produktion ausgerichteten kapitalistisch-digitalen Ideologie. Das wird noch deutlicher, wenn wir uns die Beziehungen von Unterschiedlichkeit und Ungleichheit anschauen. Unterschiedlichkeit ist, wie gesagt, die Voraussetzung von Mischung. Ungleichheit ist eine Form von Unterschiedlichkeit. Bezogen auf die soziale Mischung – neben der Nutzungsmischung das andere Schwergewicht bei den Formen der Mischung – ist die Ungleichheit die Voraussetzung für den Mischungsgedanken. Wären alle sozial gleich, müsste und könnte ja nicht gemischt werden. Das Leitbild der Mischung feiert gewissermaßen die Ungleichheit und idealisiert das räumliche Beieinander der Ungleichheiten zu einem sozial ästhetischen Musterbild. Das Leitbild der europäischen Stadt ist in diesem neo-kapitalistischen *flow* angelegt und wendet sich zumindest implizit gegen eine das Ungleiche bekämpfende und mehr als mischen wollende Agenda. Ein Gegenbild zur europäischen Stadt ist in diesem Sinne die sozialistische Stadt, die ästhetisch und inhaltlich gerne als monoton und eher langweilig dargestellt wird. In einer sozialistischen Stadt läuft das Mischungsziel ins Leere, weil es die zu mischenden Ungleichheiten nicht mehr gibt (zumindest in der Theorie). Wenn Ungleichheit (politische wie

ästhetische) abgeschafft ist, dann verliert auch das Mischungsziel seine Daseinsberechtigung.

Städtebaudebatten

Auch jenseits der ministeriellen Ebene und ihrer Verlautbarungen spielt Mischung eine tragende Rolle, wenn es im aktuellen Diskursraum um Ziele der städtebaulichen Planung geht. Zu nennen ist hier etwa die Auseinandersetzung, die sich seit einigen Jahren in der deutschsprachigen Diskussion entlang verschiedener Erklärungen und Gegenerklärungen über die Ausrichtung von Städtebau und Städtebaulehre entwickelt hat.

¹⁰ https://www.stadtbaukunst.de/wp-content/uploads/2016/09/14_07_03_KoelnerErklaerungMai2014.pdf (6.1.2022).

¹¹ Diese Kritik ist etwas widersprüchlich, da es sich bei den Erklärenden um einflussreiche Gestalten in der städtebaulichen Lehre handelt, die viele Jahre selbst und verantwortlich die städtebaulichen Curricula gestaltet haben; um Selbstkritik scheint es den Herren aber nicht zu gehen.

Anfangspunkt dieser Debatte war 2014 die sogenannte „Kölner Erklärung“, ¹⁰ in der einige Hochschullehrer*innen und Stadtbaurät*innen aus dem Umfeld des „Deutschen Instituts für Stadtbaukunst“ die städtebauliche Lage in Deutschland generell kritisieren. Beklagt werden in der Erklärung vor allem zwei Dinge: einerseits – ganz in der Tradition der klassischen Stadt- und Mischungskritik – die „fehlende städtebauliche Qualität“ der aktuellen stadtplanerischen Projekte; andererseits die aktuelle Städtebauausbildung an den Hochschulen.¹¹ Der aktuelle Zustand des Städtischen wird in der Erklärung vor allem mit ästhetischen Argumenten kritisiert. Die Rede ist etwa von „ungestaltete[n] Stadträume[n], Häuser[n] ohne Adresse und ohne anschauliche Straßenfassade, Resträume[n], die weder privat noch öffentlich sind [...]“. Das Ergebnis dieser Diagnose lautet, dass so keine „lebenswerten Städte“ entstehen und dass die Stadträume in Deutschland „noch nie so armselig“ gewesen seien. Das in diesem Umfeld kontinuierlich verwendete Adjektiv „lebenswert“ (was sind eigentlich nicht-lebenswerte Städte?) transportiert dabei deutliche Bestandteile eines biologistischen wie biopolitischen Stadtverständnisses (siehe dazu Roskamm 2017, Kapitel 4) und auch die traditionelle Stadtkritik feiert darin fröhliche Urständ. Das eigentliche Plädoyer der Kölner Erklärung ist allerdings die Aufhebung der „Trennung der Fachgebiete in der

Ausbildung“. Alle Disziplinen müssten „im Hinblick auf den guten Stadtraum zusammen gedacht werden“. Nur dann seien „lebenswerte Stadträume, wie sie die europäischen Städte seit Jahrhunderten auszeichnen“ wieder möglich. Dafür sei insbesondere „das erforderliche städtebauliche Wissen“ bei den Akteuren der Stadtentwicklung vonnöten. Adressiert wird hier also nicht die funktionsgetrennte Stadt, sondern die funktionsgetrennte Disziplin des Städtebaus. In der Figur des umfassenden und allwissenden Städtebauers, in dem sich das gesamte notwendige Wissen mischt und vereint, wird die alte Idee vom ganzheitlichen, autonom und weise agierenden Städteheiler (vgl. Lefebvre 1996, 98) reaktiviert.¹²

12 Siehe dazu mit der „Aachener Polemik“ eine weitere Gegenrede zur „Kölner Erklärung“, die vor allem auf das manifeste „überholte Rollenbild ‚eines gestaltenden Stadtbaumeisters‘“ aufmerksam macht, in dem das schon fast vergessene „Gott-Vater-Modell“ der Planung wiederbelebt wird. http://publications.rwth-aachen.de/record/447299/files/2014_berding%20et%20al-1.pdf (21.12.2021)

Die Kölner Erklärung erntete in den städtebaulichen Kreisen postwendend Widerspruch. In einer von zahlreichen an deutschsprachigen Universitäten Lehrenden unterzeichneten Gegenrede mit dem Titel „100% Stadt“¹³ wird der ästhetisierende und unpolitische Ansatz der Kölner Erklärung kritisiert. In dem Text wird herausgearbeitet, dass sich Stadt „nicht auf Traufhöhe und Fassadenmaterial und -farbe“ reduzieren ließe. Die vorhandene Stadt, so heißt es weiter, sei zunächst in ihrer Komplexität anzuerkennen und vorhandene Brüche nicht zu beklagen, sondern zu akzeptieren. Geschätzt wird hier vor allem die „Vielfalt in unseren Städten“.

13 <https://www.bauwelt.de/themen/100-STADT-2159077.html> (6.1.2022).

Ein deutliches Unterscheidungsmerkmal in den beiden Manifesten (Kölner Erklärung und 100% Stadt) besteht damit zunächst in der normativen Aufladung der bestehenden Stadt: auf der einen Seite als armselig und trostlos, auf der anderen Seite als das genaue Gegenteil. Während die eine Seite ein objektives gestalterisches Städtebauwissen anruft, betont die andere Seite die Relationalität von Stadt und Stadtentwicklung. In einem anderen Punkt allerdings treffen sich die beiden städtebaulichen Positionierungen, nämlich in der Anrufung des gleichen übergreifenden Leitbildes: Sowohl die Kölner Erklärung als auch 100% Stadt rekurren explizit auf das in der Leipzig Charta manifeste Leitbild der europäi-

schen Stadt. Bei 100% Stadt wird das Leitbild zwar anders gelesen und gewichtet und weniger durch ästhetisch-städtebaulichen Attribute in Szene gesetzt, sondern als komplex, „lebendig, vielfältig und manchmal widersprüchlich“ konstruiert, kurz als „bunte Mischung“. Dennoch weisen sich beide Lager in ihren Erklärungen wiederholt als Anhänger der „europäischen Stadt“ aus und rekurren auf die in diesem Leitbild aufgehobenen Erzählungen und Grundannahmen. Womit wir wieder bei der Betrachtung der Mischung angekommen sind. Bei „100% Stadt“ ist die Mischung deutlich positiv konnotiert. Mischung wird als konstitutiver Bestandteil sowohl der bestehenden als auch des Planungsleitbilds der europäischen Stadt inszeniert.

¹⁴ <https://www.stadt-baukunst.de/wp-content/uploads/2019/06/190426-D%C3%BCsseldorfer-Erkl%C3%A4rung.pdf> (6.1.2022).

Dass sich auch das Gegenlager diesem Punkt anschließt, zeigt sich insbesondere bei der Düsseldorfer Erklärung¹⁴ aus dem Jahre 2019, in der die Protagonisten der Kölner Erklärung einen neuen Anlauf machen, dieses Mal aber das bestehende Planungsrecht attackieren. Auch die Düsseldorfer Erklärung nimmt direkten Bezug auf die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“. Argumentiert wird wieder stadträumlich ästhetisierend, dieses Mal zielen die Autor*innen aber auch explizit auf die Mischungs- und Vielfaltsrhetorik ab. So finden sich „funktionale Vielfalt“ und „soziale Vielfalt“ als zwei der „fünf Voraussetzungen für einen gelungenen Städtebau“, mit dem sich „die schöne und lebensfähige Stadt“ entwickeln würde. Entscheidend sei „die Ermöglichung funktionaler und sozialer Vielfalt“, und zwar „möglichst nicht nur quartiersweise, sondern auch auf der einzelnen Parzelle“; das „vielfältige Stadtquartier“ müsse „prinzipiell die soziale und funktionale Mischung gewährleisten“; für die „grundsätzlich notwendige funktionale Mischung“ solle die „gewerbliche Betätigung [...] zurück in die Stadt“ geholt werden.

¹⁵ <https://archplus.net/de/gegen-die-duesseldorfer-deregulierung/> (6.1.2022).

Auch hier folgte prompt eine widersprechende Erklärung.¹⁵ „Gegen die Düsseldorfer Deregulierung“ richtet sich einerseits gegen den

dem Institut für Stadtbaukunst und seinen Unterstützer*innen zugeschriebenen „dogmatischen, historisierenden Städtebau“ und andererseits gegen die aus einem solchen Städtebauverständnis abgeleitete Initiative, zentrale Regelungen des Planungsrechts abzuschaffen (beispielsweise die bestehenden Obergrenzen für das Maß der baulichen Dichte). Deziert findet sich in der Erklärung auch eine Auseinandersetzung mit der Leipzig Charta. Den Stadtbaukünstler*innen der Kölner und Düsseldorfer Erklärungen wird vorgeworfen, dass sie die Leipzig Charta „instrumentalisieren“ würden. Die Charta sei „ein Plädoyer für die Vielgestaltigkeit unserer Städte“ und laufe dem rückwärtsgewandten Historismus der Düsseldorfer Erklärer zuwider. Explizit wende sich die Charta „gegen die Ausgrenzung einzelner Stadtquartiere oder Stadtbau-typologien“ und stände damit „im Gegensatz zur Düsseldorfer Erklärung, die nur Qualitäten in bestimmten, am traditionellen Städtebau der Gründerzeit orientierten Quartieren“ sehe. Die Düsseldorfer Erklärung lege „die Leipzig Charta damit bewusst falsch aus“, und versuche, „ihre Ziele mit Scheinargumenten zu legitimieren“. Es käme dagegen darauf an, „zukünftige Herausforderungen für eine soziale und funktionale Mischung“ zu meistern und eine „forschende Lehre im Sinne einer sozial- und nutzungs-durchmischten Stadt der Zukunft“ zu stärken.¹⁶

Mischung als städtebaulicher Konsens

Die skizzierte Debatte zeigt deutlich, hinter welchen Inhalten sich die beiden derzeit hauptsächlich wahrnehmbaren Positionen der aktuellen (deutschsprachigen) Städtebaudebatte versammeln: Zum einen gibt es den orthodoxen Ansatz der Stadtbaukunst, in dem mit Vokabeln wie „lebenswert“ und „Schönheit“ klassische Vorstellungen aufgerufen werden. Gespeist wird dieser Ansatz von ästhetischen Idealen der Gründerzeit oder noch früherer Zeiten, angeleitet wird er von „ganzheitlich“ agierenden Stadtbaukünstler*innen, die sich in Besitz des richtigen Wissens darüber wähnen, was die schöne Stadt ausmacht und auf welche Weise sie herzustellen ist.

16 Zumindest kurz zu erwähnen ist an dieser Stelle schließlich ein weiteres Diskussionspapier, und zwar der sogenannte „Stuttgarter Konsens“. In diesem Text – wiederum entstanden im Umfeld des Deutschen Instituts für Stadtbaukunst – passiert inhaltlich wenig Neues. Die Kernaussage bleibt, dass die „Lebensfähigkeit und Nachhaltigkeit der europäischen Stadt“ erst „durch die funktionale Mischung und Vielfalt ermöglicht“ werde, gefordert wird weiterhin die Regulierung bestimmter Inhalte der Baunutzungsverordnung. Interessant an dem Papier ist vor allem sein Name: Tatsächlich wird der Konsens nämlich nur behauptet, ohne auch nur ansatzweise hergestellt worden zu sein. An der Veranstaltung, bei der das Papier geschrieben worden ist, hatte (fast) niemand aus dem städtebaulichen Gegenlager teilgenommen. Das Papier als „Konsens“ zu verkaufen ist damit ein ziemlich dreister Etikettenschwindel, der recht gut zu dem bereits erwähnten „Gott-Vater-Selbstverständnis“ der Stadtbaukünstler passt: Der Konsens wird nicht in einem Aushandlungsprozess erstritten und auf einer gemeinsamen Basis mit den Kritiker*innen gemeinsam beschlossen, sondern einfach einseitig dekretiert.

Offenbar wird hier eine wertekonservative Haltung, die einerseits der essentialistischen Vorstellung von einer in sich geschlossenen und auf sich beruhenden harmonischen und schönen Stadt anhängt und andererseits die Tradition der Ablehnung der bestehenden Stadt pflegt. Zum anderen gibt es eine Gegenposition, die im Ansatz moderner und kritischer aufgestellt ist und die in der Tradition der Stadtaktivist*innen wie Jane Jacobs und deren Kritik an der modernistischen Stadtplanung ihrer Tage agiert. Hier wird insbesondere die Bedeutung von Beteiligung der Stadtbenutzer*innen in der und für die Stadtplanung betont, die Komplexität und Widersprüchlichkeit von Stadt anerkennt und auf ein relationales Verständnis von Stadt rekurriert. Bei diesem Denken gibt es nicht die eine „schöne Stadt“, weder als Realität noch als Planungsziel. Stadt konstituiert sich aus Sicht der prozessorientierten und relational denkenden Stadtplaner*innen in miteinander verwobenen und sich gegenseitig wechselseitig beeinflussenden Etappen, die sich einer allumfassenden (städtebaulichen) Steuerung regelmäßig entziehen.

Neben diesen recht klar konturierten Unterschieden gibt es in den beiden städtebaulichen Lagern jedoch auch Gemeinsamkeiten. Auffällig ist erstens, wie von beiden Seiten auf das ministeriell deklarierte Leitbild der europäischen Stadt abgestellt wird, und zwar ohne dieses Leitbild auch nur ansatzweise zu hinterfragen. Die eine Seite wirft zwar der anderen vor, das Leitbild falsch zu interpretieren und zu instrumentalisieren. Aber auch für die sich selbst als kritisch definierenden prozessorientierten Stadtplaner*innen sind das Leitbild und seine Charta gesetzt. Zweitens nähern sich die beiden Positionen in einem weiteren Punkt an, nämlich dort, wo es darum geht, die wesentlichen Bestandteile der „europäischen Stadt“ zu benennen. Zwar gibt es auch dort wieder Unterschiede – die Stadtbaukünstler*innen betonen das städtebauliche (Plätze, Fassaden, Gestaltung), ihre Kritiker*innen das politische Moment (Beteiligung, Komplexität, Konflikt). Beide Argumentationssträn-

ge treffen sich jedoch mit erstaunlicher Regelmäßigkeit bei den Punkten Mischung und Vielfalt, die von beiden Seiten als unangefochtene Positivwerte unablässig repetiert werden.

An der hier skizzierten Diskussion fällt ebenfalls auf, dass sie in sehr kurzen Manifesten und Erklärungen geführt und auch kaum von ausführlicheren Texten begleitet wird. Dabei lässt sich meines Erachtens einiges über die aktuelle Verfasstheit des städtebaulichen Diskursraums (zumindest im deutschsprachigen Bereich) erfahren. Die Städtebau-Disziplin besteht in ihrem Kern aus viel Praxis und kaum Theorie, zu finden ist viel Meinung, aber wenig Analyse¹⁷, und auch historische Reflexionen waren im Feld zu anderen Zeiten schon einmal deutlich präsenter. Auf der Theorieebene scheint der Städtebau in seinem Inneren merkwürdig leer zu sein. Die großen Debatten bestehen aus Manifesten, die sich mehrheitlich aus ziemlich austauschbaren *policy*-Versatzstücken speisen, häufig gewürzt mit einer nostalgischen Verklärung des Vergangenen, die sich aus dem nicht hinterfragten Leitbild der europäischen Stadt und auch aus genau dieser Nicht-Hinterfragung speist. Das Mantra der Mischung ist hier sowohl Symptom als auch Verursacher.

17 Beiträge wie dieser Sammelband sind eher die Ausnahme als die Regel.

Eine interessante und weiterführende Einordnung der skizzierten Diskussionen findet sich in einem Text von Stephan Trüby (2021, 155), in dem er die Autor*innen der Kölner und der Düsseldorfer Erklärungen als einflussreichen „Hort der Architektur-Reaktion“ benennt, dem es gelungen ist, in der „deutschen Architektur und Stadtplanung eine ultrakonservative Wende herbeizuführen“. Trüby (ebd., 153) diskutiert in seinem Text auch die Auseinandersetzung um die Auslegung der Charta von Leipzig, wobei er letztere als „moderate, konsensfähige Erklärung“ deklariert. Mit der Düsseldorfer Erklärung, so formuliert es Trüby (ebd., 154), werde die Leipzig-Charta, die „ausdrücklich keine ästhetischen Empfehlungen gibt, mutwillig in Richtung eines architektonischen Konserva-

18 Trüby ordnet in seinem Text auch die verschiedenen Akteure des aktuellen städtebaulichen Diskursraums ein und unterscheidet in drei „Stadtplanungs-Milieus“, nämlich erstens in ein „tendenziell altlinkes, nunmehr meist konservativ gewordenes Milieu“, zweitens in ein „bürokratisches Stadtplanungsmilieu“ und drittens in ein „junges progressives Milieu von Zwischen-nutzungs-Euphoriker*innen“. Während sich die erste Gruppe den konservativen Stadtbaukünstlern anschließe, seien die anderen beiden Bereiche bei den jeweiligen Gegenreden aktiv. Trüby vermisst in Deutschland – das ist ein Ergebnis seiner Analyse – eine Gruppe, die mit hörbarer und kritischer Stimme eine eigene Städtebau-Position zu beziehen in der Lage ist. Er erklärt das mit Verweis auf einen Ausspruch von Theo Hilpert, der bezüglich des Städtebaus von Deutschland von einem „Land ohne Avantgarde“ gesprochen hat.

tismus verzerrt – und zwar in Richtung einer unterkomplexen Ideologie einer vermeintlich ‚Europäischen‘ Stadt (mit großem ‚E‘)¹⁸.

Die Klassifizierung der ästhetisierenden Positionen der selbsternannten Stadtbaukünstler*innen als nicht nur wertekonservative, sondern sich in ihrem Fokus auf das „schöne Alte“ regelmäßig einem sehr rechten politischen Denken anschließende Haltung ist aus meiner Sicht genauso zutreffend wie wichtig. Gerade die jüngsten Neuausrichtungen in der Berliner Stadtentwicklungspolitik (Grünzig 2022) zeugen von einem überraschenden wie erschreckenden *roll-back* in wichtigen und machtvollen Bereichen der derzeitigen Städtebaupolitiken. Die Verbindungslinien und Verfasstheiten der immer lauter werdenden „Altstadt-Wiederhersteller“ aufzuzeigen, die sich gerne mit anti-modernen Haltungen gegen angeblichen „Genderwahn“ oder eine zu beklagenden „Cancel-Culture“ von links verbrüdern, ist für die Einordnung und für das Verstehen des aktuellen städtebaulichen Diskursraums unbedingt zu begrüßen. Zuzustimmen ist sicherlich auch der These, dass die weiter vorne skizzierte Leipzig Charta – gerade in ihrer erneuerten Fassung der New Leipzig Charta – wenig mit dem konservativ-ästhetischen Denken der Stadtbaukünstler*innen gemein hat.

Dennoch denke ich, dass Trübys Kritik in einigen Punkten nicht weit genug geht und daher einen Kern der Problematik übersieht. Das wird dort deutlich, wo sich seine Argumentation in die städtebauliche Kritik der Kölner und Düsseldorfer Erklärung einreihet. Diese Kritik durch das progressivere Lager ist zwar auf der einen Seite – im städtebaulichen Diskursraum – gut begründet und treffsicher. Auf der anderen Seite bleibt aber auch sie insgesamt gesehen eine interne Kritik: Die Interpretation beziehungsweise die Vereinahmung der Leipzig-Charta durch die konservativen Stadtbaukünstler*innen wird nur auf der internen Ebene angegangen; es geht darum, eine andere Interpretation der Charta zu propagieren,

die nicht nur und allein städtebaulich-ästhetisch begründet ist. Die Kritik an der Kölner und an der Düsseldorfer Erklärung verbleibt also innerhalb der inneren Strukturen des Rahmen setzenden und als Rahmen akzeptierten Leitbildes von der europäischen Stadt. Nicht versucht wird eine externe Kritik, die das Leitbild (und vielleicht auch die ganze Leitbildnerie) und seine Mischungssubstanzen selbst in Frage stellt und die die Argumentation auf einer grundsätzlicheren Ebene ansetzt. Ebenfalls gibt es keine Kritik, die nach den immanenten Widersprüchen fragt, die das Leitbild der europäischen Stadt und seine Substanzen konstituieren.

Die Mischung, die von allen Teilnehmer*innen des Diskurses als positives Ziel akzeptiert wird, ist dabei einerseits ein leerer und flotrierender Signifikant¹⁹, der mit unterschiedlichen Inhalten belegt und den jeweiligen Interessen angepasst verwendet werden kann. Andererseits ist der leere Signifikant aber nicht komplett leer, sondern transportiert selbst Bestandteile eines Erbes, das mit dem historischen Mischungs- / Trennungsdenken im Städtebau infiziert ist. Auch bei Trübys Kritik ist das nicht anders und dadurch bleibt seine Analyse ebenfalls im architektonisch-städtebaulichen Bereich begrenzt. Weder das Leitbild der europäischen Stadt noch der Signifikant Mischung werden bei Trüby hinterfragt, obwohl eine solche Hinterfragung durchaus Potenzial hätte, Trübys These von den „rechten Räumen“ weiter zu stützen, nämlich indem der Blick auf rechte *Diskursräume* geweitet wird.²⁰

Kritik der Mischung

Um aus dem eingeschränkten Radius eines vor allem intern angelegten Kritisierens hervorzutreten, ist meines Erachtens eine genereller konzipierte Kritik der Mischung notwendig. In diesem Text habe ich versucht, einige Ansätze für dieses Vorhaben zu skizzieren. Gezeigt hat sich dabei, dass eine grundlegende (oder besser: ent-gründende) Kritik²¹ durch das Dilemma erschwert wird, dass sie stets zwischen einer Kritik der gemischten Stadt

19 Die Theorie vom leeren Signifikanten wurde in der Politischen Theorie insbesondere von Ernesto Laclau geprägt (vgl. Laclau 2005; Großmann / Roskamm 2022). Die Grundbedingung ist hier die Erfahrung eines Mangels, das Bemerken einer Lücke, die im Fluss des Sozialen aufkafft. Einerseits repräsentiert ein leerer Signifikant eine echte Leere, nämlich den gründenden Mangel. Der leere Signifikant bezeichnet einen Platz im Zeichensystem, der konstitutiv unrepräsentierbar ist, eine Leerstelle im Bedeutungsganzen. Nur dieser Mangel an Erfüllung, also die Unmöglichkeit der Schließung eines Bedeutungssystems, gibt dem Verlangen seine materielle wie diskursive Präsenz. Andererseits verweist der leere Signifikant auf eine Lücke, und zwar auf die Lücke zwischen dem Partikularen und dem Universellen. Ohne leere Signifikanten wie „Gerechtigkeit“ und „Freiheit“, so das Argument von Laclau, würden soziale Forderungen (etwa nach höheren Löhnen, nach mehr Rechten, nach niedrigeren Mieten) in ihrem Partikularismus verharrt und deshalb wirkungslos bleiben.

20 Zudem verbleibt bei Trübys internen architektonisch-städtebaulichen Darstellungen und seinem Überblick über die derzeit erkennbaren Haltungen ein Blindfeld. Dass jenseits des Städtebaus, etwa in der Stadtsoziologie, der Stadtgeografie, der Ethnologie und in den Kulturwissenschaften, aber auch in den aktivistischen urbanen Bewegungen unserer Tage, durchaus weitere und für gemeinsame mögliche gegenhegemoniale Bündnisse offene Positionen bestehen, bleibt in seinem Text jedenfalls ausgeblendet.

21 Zum Begriff der Grundlegung vgl. auch Pohl/Landau/Roskamm 2021.

und einer Kritik des städtebaulichen Mischungsziels eingeklemmt ist. Um analytische Kraft zu entfalten, muss diese Klemme zuerst aufgebrochen werden. Darin besteht aus meiner Sicht die erste Aufgabe einer Kritik der Mischung.

Zu unterscheiden ist dabei in erstens die *Mischung der Stadt* (M1) und in zweitens die *Mischung als Ziel der städtebaulichen Planung* (M2). Die Mischung der Stadt (M1) – die gemischte Stadt – ist zunächst eine Tatsache: In der Stadt (in jeder Stadt) mischen sich Menschen und Dinge (und auch noch ein paar Sachen mehr, zum Beispiel: Tiere, Pflanzen, Infrastrukturen, Geister). Eine nicht gemischte Stadt gibt es nicht, eine nicht gemischte Stadt wäre gar keine Stadt. Die rein homogenen Strukturen beispielsweise eines geschlossenen Lagers oder eines großen Gefängnisses (oder auch von reinen Wohngebieten mit Einfamilienhäusern) gehören aufgrund ihrer Homogenität höchstens zu den Randbereichen des Städtischen. Die immer vorhandene Mischung der Stadt ist, wie wir gesehen haben, regelmäßig der Bezugspunkt für städtebauliches Planen und Handeln. Von seinen Anfängen Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1980er Jahre hat der städtebauliche Diskurs die Mischung der Stadt kritisiert, oftmals in schrillen Tönen (siehe Roskamm 2013). Das Gegenteil der Mischung – die Trennung – ist im Städtebau der Moderne lange Zeit das vorherrschende Element gewesen. Aber auch dem städtebaulichen Mischungsziel selbst ist eine Kritik der Mischung der Stadt implizit. Diese Vorbedingung ändert sich nicht dadurch, dass Mischung im zeitgenössischen Städtebau zu etwas Positivem geworden ist beziehungsweise zum übergreifenden Ziel des aktuellen Städtebaus, zum Kanon in den städtebaulichen Debatten – in der städtebaulichen Planung ist die einzig richtige Mischung immer die geplante Mischung. Aus einer kulturwissenschaftlichen oder sozialtheoretischen Sicht auf Stadt ist es aber möglicherweise genau umgekehrt: Die richtige Mischung ist immer die vorhandene Mischung, weil sie das ist, was Stadt ausmacht. Wenn das so ist, dann scheitert städtebauliche

Planung konstitutiv: Sie versucht etwas (die gemischte Stadt) herzustellen, indem sie das, was sie eigentlich herstellen möchte (die gemischte Stadt), ändert und damit beseitigt. Was wir hier haben, ist so etwas wie ein konstitutives Paradox des Städtebaus²².

22 Zum Begriff des Paradoxes siehe Roskamm 2021.

Im Mischungsziel des Städtebaus, das ist mein zweiter Punkt, hausen weiterhin die alten Mischungsgeister. Das zeigt sich etwa darin, dass das Planungsziel der Mischung einer vorgeschalteten gedanklichen Trennung der zu mischenden Elemente bedarf. Planung von Mischung kommt nicht ohne eine Aufteilung aus. Auch in der umgekehrten Moralisierung als etwas Gutes bedarf die geplante Mischung einer gedanklichen Trennung. Mischung planen und herstellen lässt sich nur mit definierten, aus dem städtischen Kontext herausgestellten und somit selbst getrennten Dinge. Das stadtplanerische Ziel der gemischten Stadt ist genau genommen selbst ein Begriff und ein Instrument, das ohne die gedankliche Funktionstrennung gar nicht auskommt. Trennung muss gedanklich erst hergestellt werden, um Mischung und Mischungsverhältnisse planen zu können. Für das Vorhaben, verschiedene Funktionen, Nutzungen oder Gruppen zu mischen, müssen diese Einheiten als eigenständige Elemente konzipiert sein. Das Mischen-Wollen impliziert eine vorher gedanklich durchgeführte Operation der Trennung.

Mischung und Trennung verbindet als Planungsziel also mehr, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Im Ziel der Mischung versammelt sich die historische Trennungsidee der klassischen Stadtplanung der Moderne. Das mag vielleicht auch erklären, weshalb die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit hinsichtlich des Ziels der Nutzungsmischung im Städtebau so gleichmäßig groß zu bleiben scheint. Die Rede von der „funktionalen Mischung“ transportiert und reproduziert immer ein Stück Funktionalismus. Wenn Stadt immer schon irgendwie gemischt ist, dann richtet sich das Ziel der funktional und sozial gemischten Stadt immer gegen

die bestehende Mischung. Leitbilder der Stadtplanung, die städtische Strukturen verändern möchten, arbeiten stets gegen die gegebene Mischung der Stadt. Beim Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt (Göderitz et al. 1957) ist das offensichtlich. Beim Leitbild der kompakten und gemischten Stadt trifft die Diagnose aber ebenfalls zu, da auch dort eine bestehende Mischung kritisiert und durch Planung *neu gemischt* werden soll.

Deutlich sichtbar wird das Erbe der Mischung schließlich in den Versuchen, soziale und ethnische Mischung zu arrangieren. In solchen Stadtplanungsfantasien, etwa wenn in einem sogenannten benachteiligten Stadtquartier teure Eigentumswohnungen geplant und damit die „soziale Mischung“ verbessert werden soll, zeigt sich kaum verschleiert ein dem Mischungsziel schon immer innewohnender Paternalismus (Harlander 2000), der vom positiven Einfluss der Wohlhabenden auf den „Pöbel“ überzeugt gewesen ist. In den Steuerungsversuchen von großen Wohnbaugesellschaften, die eine ethnisch gewollte Zusammensetzung durch Wohnbelegungen herstellen möchten, aber auch in Gesetzen, die geflüchteten Menschen ihr Grundrecht auf freie Wohnortwahl entziehen, manifestieren sich im Mischungsziel wiederum ethnischen Kategorien und deren Rassismen.

Das alles zusammen mischt sich am Ende vielleicht tatsächlich zu einem Amalgam der europäischen Stadt. Wobei eine solche Mischung keine ästhetischen oder nicht-ästhetischen positiven Erlungenschaften (Dichte, Kompaktheit, Mischung, Vielfalt) versammelt, sondern die gründenden Substanzen der europäischen Mischung in weniger vorzeigbaren diskursiven Ruinen vermutet: in den Trennungen und Exklusionen, in den Paternalisierungen und Rassismen, in den übergriffigen Vorstellungen des allwissenden Städtebauers / der allwissenden Städtebauerin und in dem Glauben, durch städtebauliche Trennungen und Mischungen die Problematiken des Urbanen einfangen und auflösen zu können.

QUELLEN

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2020). Soziale Mischung und gute Nachbarschaft in Neubauquartieren. Planung, Bau und Bewirtschaftung von inklusiven Wohnanlagen. Forschung für die Praxis, Bd. 23.
- Dangschat, Jens (2000). Segregation. In: Hartmut Häußermann (Hrsg.). Großstadt; soziologische Stichworte. Opladen: Leske & Budrich, 209–221.
- Deutscher Bundestag (2006). Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung. BT Drucksache 16/1780.
- Deutscher Bundestag (2000). Sechster Familienbericht: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. BT Drucksache 14/4357.
- Drewing, Emily; Zilles, Julia; Janik, Julia (Hrsg.) (2022). Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Demokratie, Nachhaltigkeit und Konflikt. Bielefeld: transcript.
- Glaeser, Edward (2011). *Triumph of the City*. New York: Penguin Press.
- Göderitz, Johannes; Rainer, Roland; Hoffmann, Hubert (1957). Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen: Wasmuth.
- Großmann, Katrin; Roskamm, Nikolai (2022). Den Dissens aufwühlen. Kritik, Konflikt und Konsens in der Nachhaltigkeitsdebatte. In: Emily Drewing, Julia Zilles, Julia Janik (Hrsg.). *Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Demokratie, Nachhaltigkeit und Konflikt*. Bielefeld: transcript, 121–136.
- Grünzig, Mathias (2022, 16.1.). Der große Ausverkauf. <https://taz.de/Neue-Senatsbaudirektorin-in-Berlin/5826441/> (15.11.2023)
- Harlander, Tilman (2000). Leitbild Soziale Mischung – vom „empfehlenswerten Durcheinanderwohnen“ zu „gated communities“. Die alte Stadt 2/2000, 97–113.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1990). Bausteine zu einem Szenario der Entwicklung von Berlin. In: Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (Hrsg.). *Metropole Berlin: mehr als nur Markt!*, 23–58.
- Jacobs, Jane (1963). *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*. Berlin: Ullstein.
- Jaeggi, Rahel (2014). *Kritik von Lebensformen*. Berlin: Suhrkamp.
- Laclau, Ernesto (2005). *On Populist Reason*. London / New York: Verso.
- Lefebvre, Henri [1968] (1996). *The right to the City*. In: Eleonore Kofmann und Elizabeth Lebas (Hrsg.). *Writings on Cities*. Oxford: Blackwell, 61–181.
- Münch, Sybille (2010). *Integration durch Wohnungspolitik?* Wiesbaden: Springer VS.
- Landau, Friederike; Pohl, Lucas; Roskamm, Nikolai (2021). Introduction. In: dieselben (Hrsg.). *[Un]Grounding. Post-Foundational Geographies*. Bielefeld: Transcript, S. 9–40.
- Roskamm, Nikolai (2021). Ein multiples Paradox. Migrationsbezogene Konflikte in der post-migrantischen Gesellschaft. In: *Migration und Soziale Arbeit* 2/2021, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus: 138–145.
- Roskamm, Nikolai (2017). *Die unbesetzte Stadt. Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld*. Berlin: De Gruyter.
- Roskamm, Nikolai (2013). *Das Leitbild von der „Urbanen Mischung“*. IBA-Studie Nr. 5, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin.
- Trüb, Stephan (2021). In Verlautbarungsgewittern – Kritik des Deutschen Instituts für Stadtbaukunst. In: *Rechte Räume: Politische Essays und Gespräche von Stephan Trüb*, Bauwelt Fundamente Bd. 169. Berlin: Birkhäuser, 151–170.

